

Editorial

Am 16. Juli endete die neunte Legislaturperiode des Europäischen Parlaments. In den letzten Monaten dieser Legislaturperiode konnten im Europäischen Parlament noch einige zentrale legislative Vorhaben wie der Gemeinsame Asyl- und Migrationspakt oder die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts auf den Weg gebracht werden.

Wir CSU-Europaabgeordnete haben zusammen mit den anderen Abgeordneten in der EVP seit Jahren auf eine umfassende Reform des EU-Asyl- und Migrationssystems gedrängt. Wir wollen eine EU, die ihre Grenzen wirksam schützt, hart gegen Schlepper, Menschenhändler und Kriminalität vorgeht, aber gleichzeitig Asylsuchende fair und menschenwürdig behandelt. Mit dem Gemeinsamen Asyl- und Migrationspakt haben wir das erreicht. Es liegt nun an den Mitgliedsstaaten, die Reformen in den kommenden zwei Jahren konsequent umzusetzen, um so langfristig eine bessere Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration nach Europa zu ermöglichen.

Auf den letzten Metern haben wir schließlich nochmals erfolgreich für unsere Landwirtinnen und Landwirte gekämpft. Wir konnten im Europaparlament eine knappe Mehrheit für einen Vorschlag der Kommission organisieren, der die Kontrolle der GAP-Regeln bei landwirtschaftlichen Betrieben unter 10 ha aussetzt. Dies ist ein erster wichtiger Schritt zum Bürokratieabbau.

Nach der letzten Plenarwoche im April begann die heiße Phase des Europawahlkampfes. Wir danken allen unseren Mitgliedern in der CSU, die zu dem guten Wahlergebnis bei der Europawahl am 9. Juni beigetragen haben. Wir konnten in Bayern bei der Europawahl das erfreuliche Ergebnis von 39,7 % erzielen. Mit 26,11% ging die EVP zudem auch als mit Abstand stärkste Fraktion im neuen Europäischen Parlament hervor. An der EVP führt im neuen Europäischen Parlament kein Weg vorbei, denn links von der EVP gibt es keine Mehrheit mehr. Unser Wahlergebnis zeigt: Wir haben auf die richtigen Themen gesetzt - Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Wir treten ein für einen Belastungsstopp für die Wirtschaft und mehr Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung unserer Außengrenzen, und eine ambitionierte europäische Verteidigungspolitik.

Die hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl war sehr erfreulich: Über 182 Millionen Wählerinnen und Wähler sind am 9. Juni wählen gegangen. Das Erstarken der rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien zeigt, dass die Wählerinnen und Wähler in Teilen unzufrieden mit der Politik in den vergangenen Jahren sind. Es wird in der neuen Legislatur auch unsere Aufgabe sein, ihnen aufzuzeigen, dass die demokratischen Parteien der Mitte Antworten auf ihre Sorgen haben und die vermeintlich einfachen Antworten der Rechts- und Linksextremisten und -populisten keine wirklichen Lösungsansätze darstellen.

Die CSU-Europagruppe ist auch in dieser Legislatur wieder mit sechs Abgeordneten vertreten. Marlene Mortler, die sich unermüdlich für die Anliegen unserer Landwirtinnen und Landwirte im Europäischen Parlament eingesetzt hat, ist nicht mehr angetreten. Neu in unserer CSU-Europagruppe ist Stefan Köhler, unser CSU-Vertreter für Mittel- und Unterfranken. Er wird im Umwelt- und im Agrarausschuss künftig die bayerische CSU-Stimme sein. An der Spitze unserer EVP-Fraktion steht wieder Manfred Weber, dem es mit vielen Mitstreitern gelungen ist, eine überragende Mehrheit für die EVP-Spitzenkandidatin und gemeinsame CDU und CSU Spitzenkandidatin, Dr. Ursula von der Leyen, als Kommissionspräsidentin sicherzustellen. Christian Doleschal wird sich in unserer CSU-Europagruppe wieder um die Regionalpolitik kümmern und als Vize-Vorsitzender des Binnenmarktausschusses Themen bearbeiten, die für unsere Betriebe wichtig sind. Markus Ferber ist weiterhin Sprecher der EVP-Fraktion im Wirtschafts- und

Währungsausschuss und leitet die Mittelstandsparlamentariergruppe. Monika Hohlmeier wird sich als Vize-Vorsitzende im Haushaltsausschuss weiterhin um die Finanzen kümmern. Ich, Angelika Niebler, freue mich sehr, weiterhin als Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für Sie da sein zu dürfen und meinen Schwerpunkt auf die Industriepolitik legen zu können.

In den nächsten fünf Jahren kommt viel Arbeit auf uns zu. Seit dem russischen Angriff der Ukraine im Februar 2022 haben wir wieder Krieg in Europa mit gewaltigen Herausforderungen für unsere Sicherheit und Stabilität. Die Wachstumsprognosen im Euroraum sind schlecht im Vergleich zu USA und China. Wirtschaftspolitisch müssen wir massiv umsteuern: Wir müssen die EU als Standort wieder attraktiv machen, Bürokratie abbauen, für günstigere Energie sorgen und Anreize für Investitionen in den europäischen Binnenmarkt schaffen. Die politischen Leitlinien, die die wiedergewählte Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen im Juli vorstellte, zeigen deutlich, dass Brüssel „umdenkt“: Wettbewerbsfähigkeit verbessern ist in der neuen Kommission nun oberste Priorität. Wir werden in den nächsten Jahren einfordern, dass dies auch konkret umgesetzt wird. Die Prioritäten werden in diesen fünf Jahren andere sein, als in den vergangenen Jahren: Unsere Wirtschaft stärken, Sicherheit und Verteidigung ausbauen, Migration steuern und begrenzen, die Landwirtschaft und den Mittelstand unterstützen: Darum geht es.

Ihre

CSU-Europagruppe

Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Vorsitzende

Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion

Monika Hohlmeier, MdEP, Parlamentarische Geschäftsführerin

Markus Ferber, MdEP

Marlene Mortler, MdEP

Christian Doleschal, MdEP

Stefan Köhler, MdEP



Christian Doleschal

- 1. stellvertretender Ausschussvorsitzender und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)
- Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung (REGI)
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO)

Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken – Den EU-Binnenmarkt weiter vertiefen für Wohlstand und Wachstum

Europas Wettbewerbsfähigkeit muss in den kommenden Jahren oberste Priorität haben, wenn wir auch zukünftig erfolgreich bleiben wollen. Länder wie China und Indien holen wirtschaftlich rasant auf. Um unseren Wohlstand in Deutschland und Bayern langfristig zu sichern, bedarf es solide politische Rahmenbedingungen und verstärktes wirtschaftliches Wachstum. Als 1. stellvertretender Ausschussvorsitzender und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) setzt sich Christian Doleschal für eine praxisnahe und bürokratiearme Regulierung ein. Neue Verordnungen und Richtlinien sollten verpflichtenden Stresstests und Praxis-Checks unterzogen werden, um sicherzustellen, dass sie in der Praxis keine unnötige Belastung für Unternehmer darstellen.

Als Berichterstatter für die Neue Bauprodukteverordnung hat sich Christian Doleschal in der vergangenen Legislaturperiode für regulatorische und technische Vereinfachungen bei der Normung von Bauprodukten eingesetzt: Die Einführung eines digitalen Produktpasses für Bauprodukte, der alle wesentlichen Informationen enthält, bringt beispielsweise deutliche Erleichterungen für Hersteller sowie Praktiker auf Baustellen. Darüber hinaus konnte Christian Doleschal als Berichterstatter für die Verordnung über drittstaatliche wettbewerbsverzerrende Subventionen erreichen, dass drittstaatlich subventionierte Unternehmen künftig denselben Beihilfe- und Vergaberegeln unterliegen, wie europäische Unternehmen. Ein Meilenstein für fairen Wettbewerb.

Praxisnahe und ausgewogene Umweltregulierung

Als Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hat sich Christian Doleschal entschlossen für praxisnahe und ausgewogene Umweltregelungen eingesetzt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt seiner Arbeit war die Überarbeitung der Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfall, die darauf abzielt, die Menge an Verpackungsmüll in der EU signifikant zu reduzieren. Diese Verordnung beinhaltet verbindliche Quoten für wiederverwendbare Verpackungen sowie strengere Anforderungen an das Recycling. Dabei hat sich Christian Doleschal erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Vorschriften praxisorientiert sind und auf fundierten wissenschaftlichen Grundlagen beruhen. Ob eine Verpackung ökologisch sinnvoll ist, muss ganzheitlich betrachtet werden und hängt von zahlreichen Faktoren ab - von der Herstellung über Transport und Lagerung bis hin zur Recyclingfähigkeit. Wenn eine Lebenszyklusanalyse zeigt, dass Einwegverpackungen eine bessere ökologische Bilanz als Mehrwegverpackungen erzielen, muss diese Einwegverpackung auch weiterhin erlaubt sein.

Im Bereich der Abwasserreinigung arbeitete Christian Doleschal an der Überarbeitung der EU-Kommunalabwasserrichtlinie, die die Effizienz der Abwasserbehandlung und -reinigung verbessern soll. Diese Überarbeitung stellt eine der größten Reformen der EU-Wasserpolitik seit über 30 Jahren dar. Ein zentrales Element ist die Einführung einer vierten Reinigungsstufe für Kläranlagen, die darauf abzielt, die Entfernung von

Mikroschadstoffen zu optimieren. Doleschal setzte sich für eine Anpassung der Umsetzungsfristen und eine Erhöhung der Grenzwerte ein, um den kommunalen Betreibern ausreichend Zeit zu geben, sich auf die neuen Vorschriften einzustellen. Darüber hinaus müssen Abwasserbehandlungsanlagen in ganz Europa bis 2045 energieneutral werden. Doleschal erreichte durch einen Antrag, dass kommunale Abwasseranlagen, die nicht über die notwendigen Voraussetzungen zur Eigenproduktion von Energie verfügen, die Möglichkeit erhalten, Strom aus externen, erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Mit diesen neuen Regelungen konnte eine ausgewogene Balance zwischen Umweltschutz, Bezahlbarkeit und praktischer Machbarkeit auf kommunaler Ebene gewährleistet werden.

Regionen wieder in den Mittelpunkt Europas rücken - für eine effektive EU Kohäsionspolitik

Christian Doleschal engagiert sich als regionalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament für eine effektive und gerechte EU-Regionalpolitik. In der Förderperiode 2021 bis 2027 erhält Bayern rund 807 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+). Diese Mittel fördern Innovation, Wettbewerbsfähigkeit sowie Klima- und Umweltschutz und sind entscheidend für Beschäftigung, Bildung und soziale Inklusion. Im Vergleich zur vorherigen Förderperiode wurde die Mittelzuweisung für Bayern um 82 Millionen Euro erhöht. Darüber hinaus stellt das INTERREG-Programm etwa 99 Millionen Euro bereit, um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien zu stärken.

Während die Förderperiode 2021-2027 in den Mitgliedstaaten umgesetzt wird, laufen auf europäischer Ebene bereits die Diskussionen für die Kohäsionspolitik ab 2028. Christian Doleschal setzt sich dafür ein, dass auch wirtschaftlich starke Regionen wie Bayern weiterhin Zugang zu Fördermitteln behalten. Diese Regionen stehen vor Herausforderungen im grünen und digitalen Wandel, die kohäsionspolitische Unterstützung erfordern. Um im globalen Wettbewerb gegen China und die USA bestehen zu können, ist es wichtig, innovative Vorreiterregionen in Europa zu fördern.

Ein besonderes Augenmerk legt Christian Doleschal auf den ländlichen Raum. Diese Gebiete machen über 80 Prozent der Fläche der EU aus und etwa ein Drittel der EU-Bevölkerung lebt dort. Trotz ihrer Bedeutung profitieren ländliche Regionen weniger von europäischen Fördergeldern im Vergleich zu städtischen Gebieten. Dies muss sich ändern.

Gleichzeitig gibt es Bestrebungen auf europäischer Ebene, die Kohäsionspolitik stärker zu zentralisieren. Christian Doleschal lehnt eine solche Zentralisierung ab, da sie die regionale Verantwortung und das lokale Know-how untergräbt. Förderprioritäten, die in Berlin festgelegt werden, entsprechen nicht immer den spezifischen Bedürfnissen in Bayern. Doleschal setzt sich daher für die Beibehaltung der regionalen Verantwortung innerhalb der Kohäsionspolitik ein, um sicherzustellen, dass die Mittel gezielt dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Darüber hinaus hat Christian Doleschal die Erhöhung der De-minimis-Beihilfen vorangetrieben. Ab Januar 2024 wurden die Schwellenwerte für diese geringfügigen Beihilfen auf 300.000 Euro angehoben. Dies ermöglicht der öffentlichen Hand eine vereinfachte Verwaltungsarbeit und eine effizientere Wirtschaftsförderung mit reduziertem bürokratischen Aufwand.



Markus Ferber

- Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Steuerfragen (FISC)
- Mitglied und Sprecher der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus (TRAN)
- Sprecher des Parlamentskreis Mittelstand im Europäischen Parlament

Im Zuge der Neukonstituierung des Europäischen Parlaments wurde Markus Ferber erneut von seinen Kollegen zum Sprecher der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung und zum stellvertretenden Vorsitzenden im Unterausschuss für Steuerfragen gewählt. Auch in dieser Legislaturperiode stehen für Ferber Finanzstabilität, Wettbewerbsfähigkeit und eine mittelstandsfreundliche Regulierung weit oben auf der Prioritätenliste.

Versicherungsregulierung: Verhältnismäßigkeit stärken und Langfristinvestitionen ermöglichen

Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Überarbeitung des Aufsichtsrahmens für die Versicherungsregulierung (Solvency II) und für die Schaffung eines neuen Rahmens für das Krisenmanagement bei Versicherern (IRRD), hat sich Markus Ferber erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Versicherungsaufsichtsrecht verhältnismäßiger ausgestaltet wird, sodass der bürokratische Aufwand für kleine Versicherungsunternehmen reduziert wird.

Markus Ferber hat sich in schwierigen Verhandlungen im Europäischen Parlament und mit den Mitgliedstaaten erfolgreich dafür eingesetzt, Versicherungen Langfristinvestitionen zu erleichtern und europäische Versicherer damit auch im internationalen Wettbewerb zu stärken. Durch eine Reihe technischer Anpassungen am Rahmen für langfristige Garantien, ist es auch gelungen, kapitalbildende Lebensversicherungen für die Versicherten als langfristige Anlageprodukte zu stärken.

Institutssicherungssysteme stärken, Vergemeinschaftung der Einlagensicherung verhindern

Bei der immer wieder aufkeimenden Diskussion um eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung, hat sich Markus Ferber im Ausschuss für Wirtschaft und Währung vehement gegen eine solche Vergemeinschaftung eingesetzt und maßgebliche Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Europäischen Kommission durchgesetzt. Auch bei den Beratungen über den Rahmen für das Krisenmanagement von Banken hat sich Ferber dafür eingesetzt, dass bestehende Sicherungssysteme in Deutschland, die sich in der Vergangenheit bewährt haben, nicht unter die Räder kommen.

Digitaler Euro nur mit klarem Mehrwert, Bargeld erhalten

Die Europäische Zentralbank hat einen Vorschlag für einen digitalen Euro gemacht, die Europäische Kommission hat einen entsprechenden Verordnungsvorschlag für eine Rechtsgrundlage vorgelegt, der derzeit von Rat und Parlament diskutiert wird. Markus Ferber sieht beim digitalen Euro, der als Zahlungsmittel für Endverbraucher konzipiert ist, nur geringen Mehrwert und setzt sich im Wirtschafts- und Währungsausschuss dafür ein, den Vorschlag noch einmal grundsätzlich zu überarbeiten.

Markus Ferber setzt sich ebenfalls dafür ein, dass bei allen Debatten über die Spezifika neuer Zahlungsoptionen vor allem auch das Bargeld als Zahlungsmittel erhalten und in der Fläche zugänglich bleibt.

Auch in der neuen Legislaturperiode wird Markus Ferber sich als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Tourismus für bessere Rahmenbedingungen im Verkehr einsetzen.

Road Safety Package: Mehr Sicherheit statt Altersdiskriminierung im Verkehr

Die Kommission hat im Rahmen ihres Verkehrssicherheitspakets eine Neufassung der Führerscheinrichtlinie vorgelegt. Im Parlament wurden daraufhin von grüner Seite Rufe laut, junge Fahrer und erfahrene Fahrer über 60 unverhältnismäßig zu diskriminieren. In den Verhandlungen im Verkehrsausschuss hat Markus Ferber sich erfolgreich dafür eingesetzt, die Vorschläge zur Altersdiskriminierung zu stoppen und innovative Ideen wie den digitalen Führerschein und das erweiterte begleitete Fahren in den Vordergrund der Überarbeitung zu rücken.

Maße und Gewichte für LKW: Bessere Rahmenbedingungen für die Dekarbonisierung

Als Schattenberichterstatter konnte Markus Ferber im Gesetzgebungsprozess zu Maßen und Gewichten von LKW maßgeblich dazu beitragen, dass im Europäischen Parlament eine pragmatische Lösung gefunden wurde. Eine Überarbeitung der bestehenden Regelungen ist für die Dekarbonisierung des Schwerlastverkehrs dringend notwendig, da die Technologien für Nullemissionsantriebe zusätzliche Kapazitäten erfordern. Markus Ferber hat es in den Parlamentsverhandlungen geschafft, die notwendigen Anpassungen, welche die Branche für die Umstellung braucht, durchzusetzen.

Europäisches Verkehrsnetz: Freie Fahrt durch Europa

In den finalen Zügen der vergangenen Wahlperiode konnte die Überarbeitung über die Verordnung zu Transeuropäischen Verkehrsnetzen (TEN-V) abgeschlossen werden. Das neue Regelwerk hält viele Verbesserungen für ein zusammenhängendes europäisches Verkehrsnetz bereit. Durch Bayern führen mehrere der Verkehrskorridore, welche die Grundlage für EU-Förderung darstellen. Um die Realisierung der ambitionierten Pläne sicherzustellen, setzt Markus Ferber sich für die weitere europaweite Harmonisierung von Regelungen im Eisenbahnbetrieb und auf der Straße ein.

Markus Ferber setzt sich in seiner Rolle als Verkehrspolitiker dafür ein, dass die europäische Freizügigkeit bestmöglich gewährleistet wird. Besonders im Brennerverkehr durch Österreich gibt es hier Herausforderungen, die schädlich für die Logistikbranche sind und freien Warenverkehr behindern. Durch Kooperationen mit betroffenen Akteuren und italienischen sowie österreichischen Partnern dringt Markus Ferber auf eine gemeinsame Lösung, die die Interessen aller berücksichtigt. Die Europäische Kommission hat in einer Stellungnahme die Vorwürfe gegenüber Österreich jüngst bestätigt.

Parlamentskreis Mittelstand

Angesichts der Neuzusammensetzung des Europäischen Parlaments hat sich auch für die Legislaturperiode 2024-2029 unter Mitführung von Markus Ferber (CSU) eine Gruppe von 21 CDU/CSU-Europaabgeordneten zum Parlamentskreis Mittelstand (PKM Europe) zusammengeschlossen. Als Sprecher des PKM Europe setzt sich Markus Ferber für die Berücksichtigung der vielschichtigen Anliegen kleiner und mittelständischer Unternehmen

in der europäischen Gesetzgebung ein. Ein zentrales Anliegen des PKM Europe ist und bleibt weiterhin den Mittelstand von Bürokratie und Berichtspflichten zu entlasten und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Ob Zahlungsverzug, Entwaldungsverordnung, grenzüberschreitendes Arbeiten, Fachkräftesicherung auf EU-Ebene oder Lieferkettenregulierungen - der PKM Europe hat jederzeit klar Stellung in Bezug auf die Auswirkungen jener Vorschläge auf KMU bezogen. Neben der Anbindung an den deutschen Parlamentskreis Mittelstand im Bundestag, brachte sich der PKM Europe in der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ein und positionierte sich regelmäßig zu wichtigen KMU-Themen in der EVP-Fraktion. Ferner richtete der PKM Europe Veranstaltungen zur Diskussion von Mittelstandsthemen aus. Die aussichtsvollen Ankündigungen Ursula von der Leyens im Europäischen Parlament versprechen einen Kurswechsel in Richtung einer deutlich stärkeren Unternehmensperspektive. Als PKM Europe werden wir jegliche Entwicklungen in der europäischen KMU-Politik aufmerksam verfolgen und uns frühzeitig in die laufende Gesetzgebungsarbeit einbringen.

Monika Hohlmeier

- Parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses (CONT), von 2019 bis 2024
- 1. Vize-Vorsitzende des Haushaltsausschusses (BUDG), ab 2024
- Vize Koordinatorin der EVP Fraktion im Haushaltskontrollausschuss, ab 2024

Halbzeitrevision des EU-Haushalts sorgt für gezielte Mittelaufstockung

Nach zähen Verhandlungen konnten sich die Mitgliedstaaten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament auf eine fokussierte Überarbeitung des mehrjährigen EU-Haushalts 2021-2027 einigen. Diese Revision findet immer zur Halbzeit des sieben Jahre umfassenden Haushalts statt und soll dafür sorgen, dass der EU-Haushalt sich stets mit den Bedürfnissen der Union entwickelt und auf sich verändernde politische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen reagiert. Die ursprünglich geplante Einteilung der EU-Gelder war durch eine Fülle von Krisen, dem Krieg Russlands gegen die Ukraine, Energiekrise, Handelskriegen, Unsicherheit der Transportwege und Nahost-Krise immer stärker unter Druck geraten, sodass gezielte Umschichtungen und Aufstockungen notwendig geworden waren. Das Ergebnis ist ein Kompromiss des Machbaren, unterstrich jedoch die Handlungsfähigkeit der EU bzw. ihrer Mitgliedsstaaten. Die Revision sieht die Einrichtung einer Ukraine-Fazilität in Höhe von 50 Milliarden EUR (17 Milliarden EUR in Form von Zuschüssen und 33 Milliarden EUR in Form von Darlehen) vor, damit das Land humanitäre Unterstützung bei der Deckung der laufenden Kosten erhält, im Besonderen für Kinder, Kranke und alte Menschen. Das Land weist nach mehr als zwei Jahren Krieg und tausenden Bomben- und Drohnenangriffen weitreichende Zerstörungen auf.

Außerdem sollen 14,6 Milliarden Euro zur Finanzierung in weitere wichtige Schwerpunktbereiche der Union fließen. Dazu zählen Gelder für den Bereich Migration und Grenzmanagement (2 Mrd. EUR), den Europäischen Verteidigungsfonds (1,5 Mrd. EUR) sowie die Unterstützung der Nachbarregionen der EU und humanitärer Bemühungen im Rahmen des Fonds „Nachbarschaft und Welt“ (7,6 Mrd. EUR), der beispielsweise auch die westlichen Balkanstaaten umfasst (2 Mrd. EUR). Die Solidaritäts- und Soforthilfereserven werden um 1,5 Mrd. EUR aufgestockt. Rund 10,6 Milliarden EUR stammen aus Umschichtungen oder Kürzungen bei anderen Programmen. Das Europäische Parlament rang den Mitgliedsstaaten dazu zwingend ab, die Zinsen für die höheren Kreditkosten des Corona-Wiederaufbaufonds abzudecken. So ist vorausschauend sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten die Zinskosten übernehmen und EU-Programme, allen voran Horizon, das Flaggschiff der europäischen Innovation und Forschung oder auch Erasmus+, nicht als Steinbruch zur Finanzierung dienen. Während der langfristige Haushalt jetzt erstmal in trockenen Tüchern ist, beginnt im kommenden Jahr die Arbeit am EU-Budget 2028-2034. Vor dem Hintergrund der sich schnell verändernden geopolitischen Lage, dem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und neuen Herausforderungen, wie einer stetig älter werdenden Bevölkerung in Europa, liegt hier eine wahre Mammutaufgabe vor uns. Als 1. Vize-Vorsitzende des Haushaltsausschusses werde ich direkt in die Verhandlungen miteingebunden sein und die Interessen Bayerns, Deutschlands und Europas vertreten.

Aktivitäten im Haushaltskontrollausschuss

Der Haushaltskontrollausschuss ist für die jährliche Entlastung, also die parlamentarische Überwachung der Ausgaben europäischer Mittel, zuständig. Monika Hohlmeier, die von 2019 bis 2024 Ausschussvorsitzende war und auch in der neuen Legislaturperiode

Mitglied im Ausschuss ist, setzt sich besonders für mehr Transparenz, Effizienz, Sparsamkeit und weniger Bürokratie bei der Vergabe von EU-Geldern ein.

Mehr Licht ins Dickicht großer Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs)

Im letzten Jahr setzte sich die CDU/CSU Gruppe im Europäischen Parlament stark für verbesserte Transparenz bei NGOs, die EU-Mittel bekommen, ein. Als Ausschussvorsitzende leitete Monika Hohlmeier die Diskussion und die Verhandlungen zwischen den Fraktionen zum NGO Bericht von Markus Pieper (CDU) und setzte sich bei allen wesentlichen Punkten durch. Monika Hohlmeier ist sich dabei der Wichtigkeit der ehrenamtlichen Arbeit bewusst und unterstützt diese nachdrücklich. Der Bericht zu NGOs ist im Plenum von einer großen Mehrheit im Januar 2024 verabschiedet worden. Entscheidend was für sie: die Notwendigkeit einer verbesserten Transparenz bezüglich der Endbegünstigten und mehr Fairness bei der Verteilung von EU-Geldern, Transparenz bei Großspendern, vor allem, wenn sie aus Drittstaaten kommen sowie die Durchsetzung bestehender Instrumente wie *EDES*. *EDES* ist ein Frühwarnsystem, das eine Liste von Personen und Organisationen enthält, die von Ausschreibungen oder Förderungen aus dem EU-Haushalt ausgeschlossen werden, weil sie sich des Betrugs, der Korruption, der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung oder wegen sonstigem schwerwiegendem Fehlverhalten schuldig gemacht haben. Außerdem wird im Bericht die Notwendigkeit einer klareren Definition von NGOs betont. Unter den Europäischen Begriff fallen nämlich alle Organisationen oder Institutionen, die nicht staatlich sind. Die Unterschiedlichkeit ist viel zu groß, als dass Organisationen, die konzernähnliche Großstrukturen haben mit kleinen Vereinen gleichgestellt werden, so dass die letzteren oft das Nachsehen haben, weil sie ehrenamtlich und nicht vorrangig hauptamtlich agieren.

Die CDU/CSU Gruppe forderte, dass NGOs sich zu den Grundsätzen der EU-Charta bekennen müssen und nicht extremistischen Organisationen angehören dürfen, wenn sie Fördermittel erhalten wollen. Auch eine Überarbeitung des Transparenzregisters ist erforderlich, um sicherzustellen, dass zusätzliche Informationen über die Finanzierung registrierter Einrichtungen enthalten sind. Dies sollte bestenfalls in einer eigenen Gesetzgebung geregelt werden, um im Besonderen der Unterschiedlichkeit der Organisationen besser Rechnung zu tragen. Konzernähnliche EU-finanzierte NGOs sollen die Verwendung ihrer Mittel, einschließlich der Identität der endgültigen Empfänger und der Herkunft der Finanzierung offenlegen. Der Bericht fordert außerdem, dass NGOs alle Treffen mit EU-Abgeordneten und deren Assistenten online veröffentlichen, wobei die gleichen Standards gelten sollen wie für Unternehmenslobbyisten.

In der neuen Legislaturperiode wird die CDU/CSU Gruppe im Haushaltskontrollausschuss weiterhin ein wachsames Auge auf NGOs halten, die EU-Mittel erhalten, und eine konsequente Überprüfung der Verträge zwischen NGOs und der EU-Kommission fordern.

Überprüfung der Mittel aus dem Corona-Wiederaufbaufonds

Die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) ist ein EU-Instrument im Wert von 723,8 Milliarden Euro zur Unterstützung während und nach der Pandemie sowie des Ukraine-Kriegs. Davon stehen 385,8 Milliarden Euro als Kredite und 338 Milliarden Euro als Zuschüsse zur Verfügung. Deutschland kann bis zu 26,36 Milliarden Euro an Zuschüssen erhalten. Die CDU/CSU Europagruppe begrüßte, dass die Kommission schnell eine Antwort auf die Krise finden konnte und somit deutlich schneller auf die Krise reagierte als die meisten Mitgliedstaaten. Jedoch traten schnell Probleme beim Corona-Wiederaufbaufonds auf.

Monika Hohlmeier, ehemalige Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses, kämpfte monatelang für mehr Effizienz, Transparenz und grenzüberschreitende Projekte, die einen klaren Mehrwert für die Europäische Union haben. Aufgrund weitreichender Recherchen und in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rechnungshof mussten leider erhebliche Mängel bei der Kontrolle sowie Transparenz festgestellt: 1) es gibt beim RRF viel zu wenig messbare Ergebnisse, 2) zu oft werden nationale wiederkehrende Ausgaben und nationale Projekte, die sowieso durchgeführt worden wären, mit RRF Geldern finanziert, sodass kein Mehrwert erkennbar ist, 3) die Fonds werden vielfach nicht voll absorbiert, besonders in Ländern, die sehr viel Geld bekommen, wie z.B. Spanien oder Italien 4) es gibt kaum grenz-überschreitende Projekte, dafür jedoch viel Renationalisierung europäischer Finanzmittel 5) Mittel werden ausgezahlt Jahre bevor Projekte geplant oder angefangen werden, 6) es gibt zu viel Betrug (100% Förderung!), sodass die europäische Staatsanwaltschaft EPPO bereits 233 Betrugsfälle untersucht, 7) die Gefahr von Doppelfinanzierungen ist immer noch nicht gebannt, und 8) die Mitgliedsstaaten listen entgegen der gesetzlichen Vorgaben die 100 größten Endbegünstigten nicht auf.

Bei einer Überprüfung der nationalen Listen der Endbegünstigten fand Monika Hohlmeier heraus, dass die Mitgliedstaaten oft lediglich übergeordnete Behörden als Endbegünstigte auswiesen, statt anzugeben, wohin Hunderte von Millionen Euro konkret fließen, obwohl die Mitgliedstaaten gesetzlich verpflichtet sind, die wahren Endbegünstigten aufzulisten. Ebenso führte Hohlmeiers kritische Berichterstattung über die Einbindung der Regionen und den fragwürdigen Top-Down-Ansatz zu deutlichen Änderungen in der Handhabung der Fonds. Frau Hohlmeier hat sich im letzten Jahr ebenfalls stark dafür eingesetzt, dass diese Probleme von Kommission und Mitgliedsstaaten aufgearbeitet werden. Aufgrund der Kritik des Haushaltskontrollausschusses, hat die Kommission daraufhin verbesserte Vergabemaßstäbe und Überprüfungsmethoden eingeführt. Insgesamt stellt die Abgeordnete fest, dass sechsjährige detaillierte Planungsvorgaben als Krisen-Instrument völlig ungeeignet sind, da sich die Problemstellungen innerhalb der sechs Jahre grundlegend verändert haben und das Geld an ganz anderer Stelle gebraucht wird, als zu Zeiten der Coronakrise gedacht. Sie kritisiert die fast planwirtschaftliche Vorgehensweise beim RRF und erachtet dies als nicht zielführend und zeitgerecht.

Stefan Köhler

- Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)
- Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Petitionen (PETI)

Die zahlreichen Proteste von Bäuerinnen und Bauern haben Europa Anfang des Jahres wachgerüttelt. Die Nachricht ist angekommen. Der anhaltende Krieg Russlands in der Ukraine, die Seeblockaden der Huthi-Rebellen an der Ostküste Afrikas, aber auch die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie haben eine ernste Situation geschaffen. Die Last, die unsere Gesellschaft, aber auch unsere Landwirte schultern müssen, wird immer größer. Dazu kommen die zahlreichen Vorschriften im Rahmen des Green Deals, die in den letzten fünf Jahren verabschiedet wurden. Als CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament setzen wir uns dafür ein, dass unsere Bäuerinnen und Bauern keine weiteren Steine in den Weg gelegt bekommen, um daheim ihre Betriebe zu bewirtschaften.

Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) - schnelle Hilfen für unsere Landwirte

Auch auf europäischer Ebene sind wir die Partei der Landwirte und wir stehen an vorderster Front, um die ausufernde Bürokratie für unsere Bäuerinnen und Bauern wieder einzudämmen. Ende April konnten wir in Straßburg ein wichtiges Maßnahmenpaket zur Änderung der aktuellen GAP verabschieden. Die EU-Kommission hat geliefert, als direkte Antwort auf den Druck, den wir als Fraktion gemacht haben.

Es blieb nicht viel Zeit bis zum Ende der Legislaturperiode. Umso wichtiger war es, den Vorschlag noch vor dem Ende anzunehmen, damit die vorgeschlagenen Änderungen bereits in diesem Jahr umgesetzt werden können.

Zu den wichtigsten Änderungen gehören eine Lockerung und Vereinfachung einiger Konditionalitätsregeln für GAP-Begünstigte. Zum Beispiel beim GLÖZ 8 wären die Landwirte nicht mehr verpflichtet, mindestens 4 % ihrer Anbauflächen stillzulegen, sondern könnten dies auf freiwilliger Basis tun und würden über eine Öko-Regelung zusätzliche finanzielle Unterstützung erhalten.

Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (NRL) - Wider aller Vernunft

Am 16. Juni wurde das Gesetz aller Widerstände zum Trotz und dank dem Alleingang der grünen Umweltministerin Österreichs vom Umweltministerrat angenommen. Der Vorschlag der Kommission war von Beginn an ideologisch motiviert und praktisch nicht umsetzbar. Zusammengefasst: eine Katastrophe für Landwirte, Waldbesitzer, Fischer und lokale Behörden. Als CSU-Europagruppe haben wir uns entschieden dagegen ausgesprochen.

Zuvor hatte der Gesetzestext auch das Europäische Parlament passiert, entgegen unseres entschiedenen Protests. Es wäre deutlich besser gewesen, bei null anzufangen und die Interessen der Landwirte in den Vordergrund zu stellen, denn ein weiteres Ungetüm an Bürokratie können unsere Landwirte nun wirklich nicht gebrauchen. Wir in Europa müssen Umweltpolitik gemeinsam mit allen Beteiligten machen und nicht gegen die Menschen.

Pflanzenschutzverordnung (SUR) - Ein Erfolg für gesunde Kulturen

Im vergangenen November hat das Europäische Parlament in Straßburg den Vorschlag über die neue europäische Pflanzenschutzverordnung (SUR) abgelehnt. Dadurch wird es auch keine weiteren Verhandlungen geben. Die Pläne der EU-Kommission und der Berichterstatterin hätten dazu geführt, dass bestimmte Regionen und Betriebe trotz kranker Kulturen keine Pflanzenschutzmittel mehr hätten anwenden dürfen.

Das war ein schwerer Schlag für die grüne Berichterstatterin Sarah Wiener und ein großer Erfolg für unsere Landwirte. Die Überregulierungswut der Grünen und Sozialdemokraten erhielt die Rote Karte. Dieser Ausgang kam unerwartet, war aber umso erfreulicher. Als EVP-Fraktion haben wir federführend eine tragfähige Mehrheit organisiert und ein klares Zeichen gesetzt: für unsere Landwirte, für unsere Umwelt und unsere Verbraucherinnen und Verbraucher.

Entwaldungsverordnung (EUDR) - Chancen zur Überarbeitung

Bereits seit 2022 haben die Mitglieder der CSU-Europagruppe kritisiert, dass die Berichtspflichten, die sich aus der EUDR ergeben, den Mittelstand und die Landwirtschaft unverhältnismäßig belasten. Dementsprechend haben wir uns auf verschiedenen politischen Ebenen für eine Verschiebung der Anwendung ausgesprochen, und zuletzt haben wir uns bei den EPP Study Days nach den Europawahlen im Einklang mit dem entsprechenden Bundesratsbeschluss positioniert.

Nun haben die vielen Gespräche und Briefe ihren Zweck erfüllt - im Rahmen einer Fraktionssitzung und der Vorstellung ihres Kollegiums hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen angekündigt, eine Entscheidung zur Verschiebung der Anwendung zu treffen. Sie hat den Ernst der Lage erkannt und entschieden, die Anwendung der Verordnung um zwölf Monate zu verschieben. In den nächsten Monaten müssen wir nun die inhaltlichen Problempunkte bearbeiten und aufzeigen, an welchen Stellen die Kommission nacharbeiten muss.

Wolf - Bedrohung durch große Beutegreifer

Der Wolf bedroht in vielen Teilen Bayerns die bäuerliche Landwirtschaft. Die deutschen Vertreter im Rat haben sowohl die möglichen Auswirkungen auf die FFH-Richtlinien angesprochen, als auch zeitnahe, praxistaugliche und effektive Lösungen für den Umgang mit dem Wolf eingefordert. Dafür kämpfen wir in der EVP seit langem. Nun haben die Vertreter der Mitgliedsstaaten im Rat eine Herabsenkung des Schutzstatus gefordert. Ich bleibe zuversichtlich, dass bald eine Lösung gefunden werden kann, die sowohl aus Sicht des Naturschutzes als auch aus Sicht der Landwirtschaft akzeptabel ist.

Petitionen - Anliegen der Bürger werden ernst genommen

Im Petitionsausschuss wurden zahlreiche Petitionen und Europäische Bürgerinitiativen behandelt, einige mit mehr und andere mit weniger Erfolg. Es ist erfreulich, dass auf europäischer Ebene über die Anliegen der Bürger gesprochen wird. Dazu gehörten in den letzten Monaten unter anderem die EBI „Fur Free Europe“ und „Save Cruelty Free Cosmetics“, bei denen jedoch durch die Kommission kein erhöhter Handlungsbedarf festgestellt wurde.

Angelika Niebler

- Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament
- Vorsitzende der Delegation für die Beziehungen zu Indien (D-IN)
- Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET)
- Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss (JURI)
- Stellvertretendes Mitglied im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft sichern

Anfang September hat der ehemalige EZB-Präsident Mario Draghi seine ernüchternde Analyse zur Wettbewerbsfähigkeit Europas vorgestellt. Draghi wählte durchaus drastische Worte und brachte es auf den Punkt: Europa bleibt hinter seinen Möglichkeiten zurück. Eine dringende Kehrtwende ist daher notwendig. Die CSU fordert schon seit langem, dass wir endlich handeln müssen. Wir brauchen mehr Fokus bei der Gesetzgebung, einen Belastungsstopp für unsere Betriebe, niedrigere Energiekosten, mehr Investitionen in Forschung und Innovation sowie neuen Schwung zur Vollendung des Binnenmarkts.

Der Draghi-Bericht verdeutlicht drastisch, dass Europa die Zeichen der Zeit erkennen muss. Es braucht eine umfassende ökonomische Modernisierungsstrategie für die EU. Es ist ein gutes Zeichen, dass die neue Europäische Kommission dies auch verstanden hat und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihren politischen Leitlinien konkrete Vorschläge, z.B. zum Bürokratieabbau, gemacht hat. Diese müssen nun zeitnah umgesetzt werden.

Nein zum europäischen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und zur Entwaldungsverordnung

Seit Jahren fordern wir weniger Bürokratie, Regulatorik und Auflagen aus Brüssel. Denn unsere heimische Wirtschaft klagt zu Recht über die immer weiter ausufernde Bürokratie: Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung oder die Entwaldungsverordnung sind dabei nur ein paar Beispiele. Einige dieser Vorschriften haben wir abgelehnt, zuletzt das europäische Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Denn trotz weiterer Kompromisse für kleine und mittelständische Betriebe geht das europäische Lieferkettengesetz immer noch viel zu weit. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist bereits durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und hohe Bürokratielast unter Druck. Mit dem Lieferkettengesetz und der Entwaldungsverordnung setzen wir noch eins drauf.

Zudem ist fraglich, ob diese Gesetze tatsächlich dazu führen, dass Menschenrechte und die Umwelt durch diese Gesetze tatsächlich weltweit besser geschützt werden oder das Abholzen des Regenwaldes im Amazonasgebiet oder im Kongobecken verhindert wird. Unternehmen könnten sich aufgrund der Vorlagen auch aus Entwicklungsländern zurückziehen. Wenn Firmen aus anderen Ländern, wie beispielsweise China, diese Lücken füllen, wäre am Ende niemandem geholfen.

Quantensprung für Patientinnen und Patienten durch Europäischen Gesundheitsdatenraum

Der Europäische Gesundheitsdatenraum ist ein Quantensprung für Patientinnen und Patienten. Ab 2026 sollen Patientinnen und Patienten in der EU sofortigen und kostenlosen Zugriff auf ihre Gesundheitsdaten in elektronischer Form über das Smartphone oder die elektronische Gesundheitsakte bekommen. Patientinnen und

Patienten können ihre Gesundheitsdaten dann auf elektronischem Wege europaweit mit Ärztinnen und Ärzten teilen. Durch die Einführung der neuen digitalen Patientenakte werden Arztbesuche in anderen Mitgliedstaaten vereinfacht. Wer schon einmal einen medizinischen Notfall im Ausland hatte, weiß, wie schwierig es ist, den behandelnden Mediziner über Vorerkrankungen, Medikamente oder Allergien zu informieren. Mit der digitalen Patientenakte können Medikationspläne, medizinische Bilder oder Laborergebnisse einfach mit Ärzten geteilt werden. Als CSU-Europagruppe war es uns wichtig, es den Patientinnen und Patienten zu überlassen, wer auf ihre Gesundheitsdaten zugreifen darf, welche Informationen eingesehen werden können und welche Daten privat bleiben sollen.

Kein Sanierungszwang für Wohngebäude

Wir haben in Europa einen massiven Renovierungsbedarf. Denn der Gebäudesektor ist neben der Energiewirtschaft, der Industrie und dem Verkehr einer der Bereiche, der dem Klima am meisten schadet. Da wir unsere Klimaziele erreichen wollen, ist die Frage also nicht, ob wir unsere Gebäude sanieren, sondern wie.

Im Berichtszeitraum konnten wir Zwangssanierungen für Eigenheime, die von Grünen und Sozialdemokraten befürwortet wurden, schlussendlich verhindern. Dies war ein großer Erfolg. Dennoch haben wir als CSU in der Schlussabstimmung die Richtlinie über die Energieeffizienz von Gebäuden abgelehnt. Denn diese ist immer noch zu detailverliebt. Neue Vorgaben für Fahrradstellplätze und Vorverkabelung für Ladesäulen brauchen wir auf europäischer Ebene in diesem Ausmaß nicht. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bei der Umsetzung der nun verabschiedeten Fassung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie immer noch eine faktische Sanierungspflicht für Nicht-Wohngebäude, wie beispielsweise gewerbliche und öffentliche Gebäude, mit der schlechtesten Energieeffizienz geben wird. Im Übrigen frage ich mich grundsätzlich, ob diese Richtlinie überhaupt überarbeitet werden musste. Denn wir haben ja bereits den europäischen Emissionshandel auf Gebäude ausgeweitet, um den Gebäudebestand zu dekarbonisieren.

Verpackungsabfall in Europa vermeiden und reduzieren

Jede Europäerin und jeder Europäer hat im Jahr 2021 189 kg Verpackungsabfall verursacht. Diese Menge würde bis 2030 noch um 19% steigen. Mit der Neufassung der europäischen Verpackungsverordnung sollen nun einheitliche Regeln und Standards zum Umgang mit Verpackungen und Verpackungsabfall gelten. Ab 2030 müssen alle Verpackungen recyclingfähig sein.

Als CSU-Europagruppe war es uns besonders wichtig, dass bewährte Recycling- und Mehrwegsysteme, wie wir sie in Deutschland mit PET-Pfandflaschen, Bierflaschen und Bierkästen haben, weiterhin erhalten bleiben können und in Zukunft noch weiter ausgebaut werden. Dabei bleiben wir auch offen für innovative Verpackungslösungen. Die Verpackungsverordnung wurde noch zum Ende der letzten Legislaturperiode, im April 2024 vom Parlament angenommen und tritt dann aller Voraussicht nach ab diesem Herbst in Kraft.

Manfred Weber

- Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
- Mitglied der Konferenz der Präsidenten

CSU ist mit der EVP Agenda-Setter

Die Europawahl war ein starker Erfolg für die Europäische Volkspartei. Als einzige Parteienfamilie des demokratischen Spektrums konnte die EVP Stimmen und Sitze dazu gewinnen. Gleichzeitig ist die Wahlbeteiligung in Bayern, Deutschland und Europa erneut gestiegen. Die starke Unterstützung für die CSU und die EVP zeigt, dass unsere Botschaften von "Wohlstand und Sicherheit" das Vertrauen der Wähler bekommen haben. Wir wollen dieses Vertrauen jetzt durch verantwortungsvolle Politik untermauern.

Das Wahlergebnis spiegelt sich auch in der neuen EU-Kommission wider. Hier haben wir die Chance, unsere Vorstellungen und Ziele aktiv umzusetzen. Die EVP stellt 13 Kommissare und an der Spitze die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Besondere Verantwortung tragen die EVP-Vertreter künftig in den Bereichen Agrar, Verteidigung sowie Migration und Inneres. Darüber hinaus übernehmen EVP-Kommissare zentrale Themen wie Haushalt, Wirtschaft, technologische Souveränität und Klimaschutz.

Die CSU und die EVP stehen fest zu den christlich-demokratischen Werten, die uns leiten. Diese Werte sind das Fundament unserer Politik und bleiben es auch in Zukunft. Wir wollen eine Politik machen, die den Menschen hilft und Europa auf einen stabilen, erfolgreichen Kurs führt.

Verantwortungsvolle Migrationspolitik: Erste Erfolge zeigen sich!

Die komplexen Herausforderungen der Migration erfordern eine kohärente und solidarische europäische Antwort. Polarisierung und moralisierende Debatten führen uns nicht weiter. Die Entwicklungen, die zur Verschärfung der Flüchtlingskrise 2015/2016 beigetragen haben, dürfen sich nicht wiederholen. Um die Zuwanderung nach Europa zu kontrollieren, ist ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen unabdingbar.

Im Herbst 2023 und Frühjahr 2024 haben wir im Bereich Migration die Weichen für die nächsten Jahre gestellt. Der am 14. Mai vom EU-Ministerrat erzielte finale Beschluss über die Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems markiert den Beginn einer geordneten europäischen Asylpolitik. Die Reform stärkt Frontex, beschleunigt Rückführungen und sorgt für eine gerechtere Verteilung von Asylsuchenden innerhalb der EU. Dieser Schritt ermöglicht es den Mitgliedstaaten, die Kontrolle über die Migration zurückzugewinnen. Das im letzten Jahr geschlossene Abkommen mit Tunesien hat im ersten Halbjahr 2024 zu einem Rückgang der Neuankünfte in Italien um 64 Prozent geführt. Dies zeigt, dass entschlossenes Handeln Wirkung zeigt.

So müssen die EU-Grenzschutzbehörde Frontex und die Asylverfahren an den Außengrenzen gestärkt und beschleunigt werden. Die Ankündigung von Ursula von der Leyen, die Anzahl der Frontex-Beamten bis zum Ende der Legislaturperiode auf 30.000 aufzustocken, stellt ein deutliches Zeichen dar: Ein freies Europa ist nur mit starkem Außengrenzschutz möglich.

Gleichzeitig müssen wir weiterhin eng mit unseren afrikanischen Partnern zusammenarbeiten, um die Ursachen der Migration an der Wurzel zu bekämpfen. Umfassende Abkommen mit Transitländern, insbesondere im Mittelmeerraum sind dafür

unerlässlich. Entscheidend ist nun die Umsetzung der Reform. Der neue EU-Kommissar für Migration und Inneres, Magnus Brunner aus Österreich, hat hier unsere Unterstützung.

Unveränderte Unterstützung für die Ukraine

Als CSU und als Teil der EVP bekräftigen wir unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Wir setzen uns entschlossen dafür ein, dass die EU der Ukraine umfassende politische, finanzielle, wirtschaftliche, humanitäre, militärische und diplomatische Hilfe leistet. Europa steht fest an der Seite der Ukraine, und die EVP übernimmt dabei eine führende Rolle.

Bei meinen Besuchen in der Ukraine, zuletzt im Januar dieses Jahres, erlebe ich viele Beispiele, an denen deutlich wird, wie fundamental notwendig die europäische Unterstützung für das Land ist. Auch die Neuaufstellung der Europäischen Kommission unterstreicht das Engagement für die Ukraine. Wir fordern von der EU und insbesondere von Deutschland ein entschiedenes Handeln. Russland muss den Krieg in der Ukraine beenden!

Turbo europäische Verteidigungsfähigkeit

Eine wichtige Entscheidung bei der Neuaufstellung der EU-Kommission ist die Berufung eines Verteidigungskommissars. Andrius Kubilius aus Litauen wird diese Aufgabe übernehmen. Er wird sich für den Aufbau einer europäischen Verteidigungsunion und die Stärkung der technologischen Kapazitäten einsetzen. Dies unterstreicht unseren klaren Willen, die Verteidigungsfähigkeit Europas zu erweitern und langfristige Sicherheit zu gewährleisten. Rüstungsunternehmen in der EU sind aufgefordert, ihre Produktion zu priorisieren, um die Verteidigungsfähigkeit der NATO-Staaten zu sichern. In dieser entscheidenden Phase ist eine enge Abstimmung bei Budgetentscheidungen, Waffenlieferungen und internationalen Friedensinitiativen von zentraler Bedeutung um Kräfte zu bündeln und unabhängiger von Dritten zu werden.

Fortschritte in der EU-Agrarpolitik: Entlastungen für die Landwirte

Die Agrarpolitik stellt seit jeher ein Kernanliegen der EVP dar. Als EVP-Fraktion stehen wir für eine innovative, wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft in Europa. Dafür sind wir im ständigen Austausch mit unseren Landwirten. Dem Versuch der Grünen, unterstützt von den Sozialdemokraten und Liberalen, unsere Landwirtschaft in die Ecke zu stellen und mit Auflagen und Vorschriften das Leben schwer zu machen, haben wir pragmatische Ansätze entgegengesetzt. Mit dem Naturwiederherstellungsgesetz (NRL), der Pflanzenschutzrichtlinie (SUR) und auch der so genannten RED III-Richtlinie und den Auswirkungen zur Brennholznutzung wurde versucht, Ideologie auf dem Rücken unserer Land- und Forstwirte in politische Gesetze zu gießen. Die Bauernproteste in diesem Frühjahr haben die Unzufriedenheit der Landwirte mit dieser Politik deutlich gemacht. Umso wichtiger ist es, dass künftig die EU-Landwirtschaftspolitik wieder von der EVP mit dem neuen Kommissar Christophe Hansen (Luxemburg) maßgeblich gestaltet wird und die Interessen der Landwirtschaft in der europäischen Politik wahrgenommen werden. Für uns als EVP gilt Pragmatismus statt Ideologie. Landwirtschaft muss wieder als Grundlage für die Nahrungsmittelversorgung der europäischen Bevölkerung gedacht werden.

Die europäische Landwirtschaft steht großen Herausforderungen gegenüber, darunter komplexe Bürokratie und sinkende Weltmarktpreise, die besonders kleinere Betriebe belasten. Das Agrar-Entlastungspaket der EU bietet Europas Landwirten in dieser schwierigen Lage bis 2027 temporäre Unterstützung durch eine Flexibilisierung der

Vorschriften und den Abbau von Bürokratie. Ökologische Anliegen werden dabei klar berücksichtigt. Wir stehen für eine Landwirtschaft, die ländliche Entwicklung, Umweltschutz und wirtschaftliche Stärke miteinander verbindet. Ländliche Räume sind nicht die Peripherie, sondern das Herz Europas.

Als EVP setzen wir uns für einen Umwelt- und Klimaschutz ein, der Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielt. Gemeinsam wollen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Anders als die Populisten von rechts und links führen wir einen echten Dialog mit den Menschen vor Ort. Wir hören zu und nehmen die Anliegen der Landwirte ernst. Unsere Politik kommt aus der bürgerlichen Mitte.